

N I E D E R S C H R I F T
über die
öffentliche Sitzung des Gemeinderates
DER STADT ST. GEORGEN IM SCHWARZWALD

Tag: Mittwoch, den 11.12.2024

Ort: Bürgersaal des Bürgerzentrums Roter Löwen, Hauptstraße
18, St. Georgen

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:40 Uhr

ANWESEND:

Vorsitzender

Herr Michael Rieger

Ehrenamtliche Mitglieder

Herr Hartmut Breithaupt

Herr Peter Fichter

Frau Kirsten Heinzmann

Herr Bernhard Lobmeier

Herr Kai Noel

Herr Bernd Karsten Rieger

Frau Beate Rodgers

Herr Stefan Rosenfelder

Herr Dirk Schmider

Herr Lothar Schwarz

Herr Markus Schwarzwälder

Herr Ernst Laufer

Herr Oliver Freischlader

Herr Guido Santalucia

Frau Karola Erchinger

Herr Gerd Haas

Frau Hedwig König

Herr Hans-Peter Rieckmann

ab 17.20 Uhr

Herr Dr. Jörg Zimmermann

ab 18.10 Uhr

Herr Jochen Bäsch

Herr Andre Müller

Herr Georg Wentz

Sachkundige Einwohner

Herr Franz Günter

Herr Joachim Kieninger

Herr Klaus Lauble

Herr Efe Özdemir

Herr Lenny Wingers

Herr Leon-Fabian Langer

Frau Mareen Simon

Frau Letizia Bonomo

Ortsvorsteher Oberkirnach

Vertreter Stockwald

Ortsvorsteher Peterzell

Jugendgemeinderat

Jugendgemeinderat

Jugendgemeinderat

Jugendgemeinderat

Jugendgemeinderat

Beamte, Sachverständige usw.

Frau Blanka Amann

Frau Anna Benner

Herr Giovanni Costantino

Frau Tabea Epting

Herr Alexander Tröndle

Schriftführer

Frau Nicole Dorer

ABWESEND:

Zu Beginn der Sitzung stellt der Vorsitzende fest:

1. Das Gremium ist durch Ladung vom 28.11.2024 ordnungsgemäß einberufen worden.
2. Das Gremium ist beschlussfähig.

1 Fragestunde für Einwohner

Protokoll:

Es sind keine Wortmeldungen aus den Reihen der Besucher.

2 Bekanntgaben, Verschiedenes

Protokoll:

- a) Bürgermeister Rieger führt aus, zur Anfrage von Stadtrat Schwarz aus der letzten Sitzung, weshalb einige Buchen entlang des Trimm-Dich-Pfades markiert seien, sei es so, dass es sich um Staatswald handle. Thema sei die Verkehrssicherungspflicht und in diesem Falle seien unter anderem auch Buchen betroffen.
- b) Bürgermeister Rieger führt zur Anfrage von Herrn Heinzmann aus der letzten öffentlichen Fragestunde zum Thema Geothermie aus, für das Rathaus seien sechs Bohrungen in einer Tiefe von 182 m Tiefe vorgesehen.

3 Bekanntgabe der Beschlüsse aus der nicht öffentlichen Sitzung vom 04.12.2024

Protokoll:

- a) Der Gemeinderat hat der Honorarvergabe für die Außenanlagen im Rahmen der Sanierung des Rathauses zugestimmt.
- b) Der Gemeinderat hat sich zum Thema Parkbewirtschaftung in der Innenstadt ausgetauscht.

4 Vergabe eines Auftrags zur Lieferung von 2 Mannschaftstransportwagen (MTW) Vorlage: 132/24

Protokoll:

Frau Benner erläutert die Vorlage. Nach Prüfung der Angebote habe es noch Änderungswünsche seitens der Feuerwehr gegeben. So sei es notwendig, die Scheinwerfer nachzurüsten, um die Förderung abgreifen zu können. Zum weiteren solle der Geräteraum mit LED ausgestattet werden und eine stärkere Motorleistung wurde gewünscht. Mit diesen Erweiterungen erhöhe sich die Auftragssumme von 128.500 Euro auf 133.890 Euro. Hinzu käme noch die Ausstattung mit Funkgeräten sowie die Beklebung. Mit diesen Leistungen liege der Gesamtpreis bei 142.840 Euro, was eine Überschreitung des Haushaltsansatzes von 140.000 Euro um 2.840 Euro

bedeute.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Vergabe von zwei Mannschaftstransportwagen (MTW) für die Abteilungen Oberkirmach und Langenschiltach an die Autohaus Storz GmbH mit einer Auftragssumme in Höhe von 133.890,00 €.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 21

Ablehnung: ./.

Enthaltung: ./.

**5 Beteiligung im Genehmigungsverfahren "Erweiterung des Steinbruchs Groppertal" nach § 16 BImSchG
Vorlage: 129/24**

Protokoll:

Stadtbaumeister Tröndle erläutert, seit dem Jahr 2017 sei das Verfahren beim Steinbruch am Laufen. Die Erweiterung betreffe auf zwei Grundstücken der Stadt Villingen-Schwenningen. Die Erweiterung erfolge im BImSch-Verfahren. Dies bedeute, dass durch dieses Genehmigungsverfahren sichergestellt werde, dass von der Anlage keine unzumutbaren negativen Konsequenzen ausgingen, die den Zielen des Umweltschutzes entgegenstünden. Der Antrag beinhalte folgende Punkte:

1. Den Gesteinsabbau und die Aufbereitung bzw. den Betrieb des Steinbruchs in der Erweiterungsfläche und in der bestehenden Abbaustätte auf den Flurstücken Nr. 5077, 5077/1, 5077/2, 5077/4 und 5077/8 auf der Gemarkung Villingen-Schwenningen, sowie auf den Flurstücken Nr. 43, 43/2, 46 und 46/1 auf der Gemarkung Stockburg bis auf die Sohle von 720 m +NHN.
2. Die Rückverfüllung bzw. Einlagerung von unbrauchbarem Gestein sowie Erdaushub innerhalb der Steinbruchfläche.
3. Anlage zur zeitweiligen Lagerung sowie den Umschlag von nicht gefährlichen Abfällen mit einer maximalen Lagermenge von 1.000 t und einer Umschlagmenge von 8.000 t/a auf dem Flurstück Nr. 5077/8.
4. Des Weiteren wird die naturschutzrechtliche Genehmigung und die Ausnahme nach dem Bundesnaturschutzgesetz von den Verboten des § 30 Abs. 2 BNatSchG für die Inanspruchnahme von ca. 3.708 m² gesetzlich geschützter Feldgehölze / Feldhecken beantragt.

Ein wesentlicher Punkt sei die Verlegung des vorhandenen Stockburger Mühlweges. Dieser werde ca. 175 m nach Norden verlegt.

Ortsvorsteher Laufer erläutert, der Ortschaftsrat von Stockburg habe dem Beschlussvorschlag einstimmig zugestimmt.

Beschluss:

Der Gemeinderat der Stadt St. Georgen erteilt das Einvernehmen zur Erweiterung des Steinbruchs Gropptal.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 22

Ablehnung: ./.

Enthaltung: ./.

**6 Vorstellung des GPA Berichts zur Prüfung der Bauausgaben bei der Stadt St. Georgen von 2017-2022
Vorlage: 130/24**

Protokoll:

Bürgermeister Rieger erwähnt, die Gemeindeprüfungsanstalt prüfe in regelmäßigen Abständen verschiedene Ämter im Hause. Zuletzt seien die Finanzen geprüft worden.

Stadtrat Freischlader erklärt, die Prüfungen seien wichtig und er finde es schön, dass nichts Gravierendes im Bauamt gefunden wurde. Dass in fünf Jahren Fehler gemacht würden, halte er für normal. Er gratuliert dem Bauamt zu diesem Ergebnis.

Stadtrat Schmider fragt nach, ob die Doppelberechnungen wieder zurückerstattet würden.

Stadtbaumeister Tröndle erwähnt, ein Teil wurde bereits zurückerstattet. Schwierig wird es bei Beträgen, die über vier Jahre zurückliegen. Derzeit laufen die Prüfungen. Es bestehe das Bestreben, die Beträge wieder einzuholen.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt die Ergebnisse zur Prüfung der Bauausgaben von 2017-2022 zur Kenntnis.

**7 Änderung der Abwassersatzung - Erhöhung der Abwassergebühren
Vorlage: 122/24**

Protokoll:

Kämmerin Amann erläutert die Kalkulation der Gebühren für das Jahr 2025 anhand eines Vergleichs der Kalkulationen 2023 und 2025. Nach

Kalkulation der Gesamtkosten sowie Berechnung der modifizierten Frischwassermenge ergebe sich eine Schmutzwassergebühr je m³für das Jahr 2025 in Höhe von 2,46 Euro. Im Jahr 2023 seien 2,14 Euro kalkuliert worden.

Bei der Niederschlagswassergebühr ergebe sich nach der Kalkulation der Gesamtkosten durch die versiegelte Fläche in m² eine Niederschlagswassergebühr für das Jahr 2025 in Höhe von 0,32 Euro. Für das Jahr 2023 wurden ebenfalls 0,32 Euro kalkuliert. Hauptsächlich würden die Personalkosten zu Buche schlagen, da auf der Kläranlage künftig drei Personen, statt bisher zwei Personen, gefordert würden.

Es sei vorgeschrieben, die Rücklagen aus den Vorjahren aufzubreuchen. Rücklagen aus Gebührenüberschüsse aus den Vorjahren seien im Bereich Schmutzwasser keine mehr vorhanden, diese wurden mit dem Jahresergebnis 2020 aufgebraucht. In den Jahren 2020 bis 2022 hätten sich Fehlbeträge ergeben, da diesen Jahren keine Kalkulation zugrunde liege, wurde eine Unterdeckung der Gebühr in Kauf genommen.

Aus dem Jahr 2023 gebe es einen Fehlbetrag in Höhe von 95.271,95 €. Da zum Ausgleich der Fehlbeträge 5 Jahre Zeit zur Verfügung stehe, wurden bei der vorgelegten Kalkulation kein Ausgleich vorgesehen.

Für das Niederschlagswasser wurden die Rücklagen neu berechnet. Hier bestünde aus dem Jahr 2020 eine Rücklage in Höhe von 46.619,07 €, aus 2021 51.913,05 €, aus 2022 19.845,36 € und aus 2023 14.101,86 €, insgesamt 131.479,34 €.

Die Rücklage aus 2020 müsse in 2025 aufgelöst werden.

Um die Niederschlagswassergebühr stabil zu halten, werde vorgeschlagen, die Rücklage aus 2020 und einen Teil aus 2021, insgesamt 60.000 € aus der Rücklage aus Gebührenüberschüssen aufzulösen.

Die neuen Beträge müssen in einer Satzung festgeschrieben werden.

Die Ortsvorsteher der Ortsteile Peterzell, Brigach, Langenschiltach, Stockburg und Oberkirnach teilen mit, dass in der gemeinsamen Ortschaftsrats-sitzung alle Ortsteile der Satzung zugestimmt hätten.

Stadtrat Haas erkundigt sich, um was es sich bei „sonstigen Einleitungen“ handle.

Kämmerin Amann erklärt, dies habe mit den Kleinkläranlagen zu tun.

Beschluss:

1. Grundlage für die Ermittlung der Gebührensätze sind die Ausführungen in der Vorlage.
2. Den in der angeschlossenen Gebührenkalkulation vorgeschlagenen Berechnungsgrundlagen und -arten wird zugestimmt.
3. Die Abwassergebühren werden ab dem 01.01.2025 wie folgt erhöht:
 - a) die Schmutzwassergebühr von bisher 2,14 €/m³ um 0,32 €/m³ auf 2,46 €/m³

b) die Gebühr für sonstige Einleitungen von bisher 24,60 €/m³ auf 30,00 €/m³.

4. Die als Anlage angeschlossene
Satzung
zur Änderung der Satzung über die öffentliche
Abwasserbeseitigung (Abwassersatzung – AbwS -)
wird erlassen
5. Die Verwaltung wird beauftragt, die Satzung gem. § 4 Abs. 3 GemO
öffentlich bekannt zu machen und der Rechtsaufsichtsbehörde anzu-
zeigen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 22

Ablehnung: ./.

Enthaltung: ./.

8 Entsorgung von Kleinkläranlagen und geschlossenen Gruben; Erhöhung der Entsorgungsgebühren ab 01.01.2025 Vorlage: 127/24

Protokoll:

Kämmerin Amann erläutert die kalkulierten Kosten im Vergleich der Jahre 2023 und 2025. Die ansatzfähigen Kosten konnten im Vergleich zu 2023 (8.438 Euro) auf 2.650 Euro für das Jahr 2025 gesenkt werden. Der Gebührenvorschlag richte sich nach der kostendeckenden Gebühr. Hier gehe es um ein kleines Feld, 40 m³ bei Kleinkläranlagen und 50 m³ bei geschlossenen Gruben.

Die Ortsvorsteher der Ortsteile Peterzell, Brigach, Langenschiltach, Stockburg und Oberkirnach teilen mit, dass die Ortschaftsräte der Beschlussvorlage zugestimmt hätten.

Stadtrat Fichter fragt nach, wo sich die Anlagen befänden.

Bürgermeister Rieger erklärt, es gehe um vereinzelte „Anlagen im Stockwald, Gsod und Vohenlohe, Lochbronn und Mühlbachhöfe in Peterzell.

Beschluss:

1. Die Gebühren für die Entsorgung von Kleinkläranlagen und geschlossenen Gruben werden ab dem Jahr 2025 neu festgesetzt.
2. Die der Sitzungsvorlage angeschlossene

Satzung

zur Änderung der Satzung
über die Entsorgung von Kleinkläranlagen und geschlossenen Gruben
(Entsorgungssatzung)

wird mit Wirkung vom 1. Januar 2025 erlassen.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Satzung gem. § 4 Abs. 3 GemO öffentlich bekannt zu machen und der Rechtsaufsichtsbehörde anzuzeigen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 22

Ablehnung: ./.

Enthaltung: ./.

9 Änderung der Betriebssatzung der Stadtwerke St. Georgen
Vorlage: 125/24

Protokoll:

Kämmerin Amann erläutert die Vorlage. Es gehe hauptsächlich um Begrifflichkeiten. Sie erläutert die vorgesehenen Änderungen. U.a. sei noch die bereits aufgegebenen Gasversorgung aufgeführt. Hinzu seien der Betrieb der Photovoltaikanlagen und die Breitbandversorgung gekommen. Aufgrund der Hauptsatzungsänderungen müssten auch in der Stadtwerkesatzung die Beträge und die Entgeltgruppen angeglichen werden. Das Stammkapital werde erhöht.

Stadtrat Rieger erkundigt sich über die Erhöhung des Stammkapitals.

Kämmerin Amann erklärt, die erfolgen aufgrund der Tiefgarage, die bei den Stadtwerken aufgeführt seien.

Beschluss:

1. Der Gemeinderat beschließt die als Anlage beigefügte Betriebssatzung der Stadtwerke St. Georgen ab 01.01.2025
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Änderung der Betriebssatzung öffentlich bekannt zu machen und der Rechtsaufsichtsbehörde anzuzeigen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 22

Ablehnung: ./.

Enthaltung: ./.

Protokoll:

Bürgermeister Rieger führt aus, heute könne der Haushaltsplan für das Jahr 2025 beschlossen werden. Kämmerin Amann werde die Änderungen noch einbringen. Seine Haushaltsrede habe er bereits mit Einbringung des Haushalts am 20.11.2024 gehalten. Er bittet um die Haushaltsreden der jeweiligen Fraktionen.

Für die Fraktion der Freien Wähler spricht Fraktionsvorsitzende Erchinger:

„Meine diesjährige Rede möchte ich mit einem Zitat von Reed Hastings, CEO von Netflix beginnen:

„Beschreiben Sie den kurzfristigen Ausblick unmissverständlich ehrlich, den langfristigen aber optimistisch und zuversichtlich“!

Dies, fand ich, passte gut zu Fazit und Ausblick in meiner Rede.

Der momentane Blick auf unsere Finanzen heißt: Kreditneuaufnahme in 2025 von 7 Mio. und Kreditermächtigung i.H. von 12,4 Mio. und keinen genehmigungsfähigen Haushalt (wie übrigens fast alle Kommunen hier im Umkreis).

Hört sich erst einmal gewaltig an; nach Jahren des Schuldenabbaus und einer Pro Kopf Verschuldung 2024 von 90€.

Wir geben mehr aus als wir einnehmen, z.B. große Investitionen in die Robert-Gerwig-Schule für Brandschutz, Sanierung der Elektroinstallation und Barrierefreiheit, Optimierung unseres Klärwerkes, Neubau eines Retentionsbodenfilters, die ersten Kosten für die Rathaussanierung und die dazugehörigen Außenanlagen, alles in allem mehrere Millionen Euro! Aber alles mehr als notwendig!

Wir geben das Geld aber auch für die sg. freiwilligen Leistungen aus, in 2025 sind das ca. 9,5 Mio. Hier sind beispielhaft zu nennen: Musik- und Kulturpflege, VHS, Bibliothek, Kinder- und Jugendarbeit, Vereinsunterstützung, Bäder - und Sportstätten, Spielplätze und die Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED. Auch alles notwendig, da es direkt unsere Bürger betrifft.

Der Kreis-Haushalt belastet unseren Haushalt mit 8,386 Mio. Und 6 Mio fließen in den Breitbandausbau, übrigens auch dies eine freiwillige Leistung...Wir werden voraussichtlich geringere Einnahmen aus der Grund- und Gewerbesteuer erhalten, niedrigere Schlüsselzuweisungen und einen geringeren Umsatzsteueranteil bekommen - alles Einnahmen, auf die wir keinen Einfluss haben. Und zur Wahrheit gehört auch, dass wir im nächsten Jahr über einzelne Gebührenerhöhungen nachdenken müssen. Zur Konsolidierung des Haushaltes wird es im nächsten Frühjahr eine Klausur geben...die Spielräume werden enger....

Aber vergessen wir nicht: die großen Projekte der letzten Jahre wie Sanierung der Bahnhofstraße, Hallenbad, Roter Löwe, Tiefgarage und Marktplatz konnten wir immer finanzieren. Und die jetzt anstehende Sanierung unseres Rathauses mit seiner Tiefgarage und den Außenanlagen bekommen wir auch hin! Mit Respekt vor den Kosten, aber auch mit Freude aufs Ergebnis. Und nicht zu vergessen: die nächste finanzielle Herausforderung steht dann schon parat: die Sanierung des Bildungszentrums!

Und - hier komme ich zum zweiten Teil meines Zitates – wir haben eine gute Ausgangslage!

Die großen Investitionen der nächsten Jahre in Infrastruktur und Innenstadtansanierung kommen uns allen zu Gute. Wir bekommen einen schönen Marktplatz, eine helle und freundliche Tiefgarage und unser „Großprojekt“ - die Rathaussanierung – wird uns zwar viel Geld, nämlich rund 20 Mio kosten, dafür bekommen wir aber auch ein vollumfänglich energetisch saniertes Haus mit modernen Arbeitsplätzen und einer tollen Bibliothek. Dies wird auch vom RP positiv gesehen, so dass wir auf Zuschüsse i.H. von 85% der förderfähigen Kosten hoffen können. Wir arbeiten zudem an einer Entspannung auf dem Gebiet der Kinderbetreuung...hier sind wir auf einem guten Weg...

Der Generalentwässerungsplan wird uns in den kommenden Jahren ebenfalls viel Geld kosten; diese Aufgabe ist jedoch unausweichlich und trägt zu unserer Sicherheit bei.

In diesem Jahr haben wir viel Geld in Photovoltaikanlagen auf dem Dach des Roten Löwen und der Kläranlage investiert. Gut für die Umwelt und irgendwann auch gut für unseren Haushalt. Weitere Anlagen folgen auf den Dächern von Wasserwerk und Bauhof.

Außerdem soll noch eine Flächenphotovoltaik im Gewerbegebiet Hagenmoos mit einem Invest von 2,3 Mio realisiert werden.

Die Höhe der Schulmittel bleibt ebenso unverändert wie die Mittel für die Straßenunterhaltung. Hier arbeiten wir nach wie vor eng mit der SVS und der EGT zusammen, um Kosten zu sparen. So sehe ich die Stadt weiterhin auf einem guten Weg und freue mich auf die kommenden Herausforderungen!

Wir bedanken uns bei Ihnen, Herr Rieger; Sie setzen nach wie vor Ihre ganze Kraft für die Stadt und ihre Bürger ein und haben stets das Wohl von allen im Blick.

Vielen Dank an Frau Amman und ihr Team; in diesen Zeiten stellt ein HH Plan eine große Herausforderung dar!

Danke auch an Herr Tröndle und sein Team. Die Freien Wähler sehen die Notwendigkeit nach mehr Personal in Ihrem Bereich durchaus!

Ein großes Dankeschön und unseren Respekt an Sie; Frau Benner. Sie haben ein umfangreiches Ressort, in welches Sie sich in kürzester Zeit wirklich gut eingearbeitet haben. Wir freuen uns, Sie bei uns zu haben.

Vielen Dank an Herrn Costantino. Neben Ihrem Tagesgeschäft bewältigen Sie ja im Moment die Planungen des Rathaus Umzugs. Wenn es soweit ist, können wir Gemeinderäte gerne auch mal ein paar Umzugskartons ins A. Maier Gebäude tragen....

Danke auch an Frau Epting; Sie sind eine Bereicherung für das Rathausteam und passen wunderbar hierher.

Ich möchte an dieser Stelle auch nicht die vielen fleißigen Mitarbeiter im Rathaus vergessen, die jeden Tag einen guten Job machen und ohne die eine Verwaltung nicht funktionieren würde. Vielen Dank an alle!

So, last but not least, ein Dankeschön an Frau Dorer; wie immer zuverlässig, mit offenen Ohren und immer da, wenn man sie braucht.

Wie jedes Jahr ebenfalls ein Dankeschön an den Bauhof und die Gärtnerei; auch im Namen unserer Bürger für Winterdienst, Blumenpracht, eine saubere Stadt und vieles mehr.

Und einen letzten Dank an Euch, liebe Kolleginnen und Kollegen. Danke

für die gute und respektvolle Zusammenarbeit, die hier in St. Georgen so gut funktioniert!

Meine Fraktion und ich wünschen allen eine erholsame Weihnachtszeit im Kreis der Familie und einen guten Jahresbeginn 2025!

Vielen Dank!“

Für die Fraktion der CDU spricht Fraktionsvorsitzender Laufer:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister Rieger, sehr geehrte Amtsleiterinnen und Amtsleiter, sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung, Vertreter der Presse und vom Jugendgemeinderat.

Werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats, sehr geehrte Gäste.

Zuerst möchten wir der Verwaltung und ihren Mitarbeiter/innen unseren Dank für die Erstellung des Haushaltsplans 2025 aussprechen. Mit rund 650 Seiten ist der Haushaltsplan kaum kürzer als Frau Merkels neu veröffentlichte Memoiren mit rd. 700 Seiten. Frau Merkel hat Jahre daran gearbeitet. Unsere Verwaltung nur einige Wochen!“ So viel zur Leistungsfähigkeit unserer Verwaltung.

Verwaltung und Gemeinderat sind stets bestrebt, die Belange der Bürgerinnen und Bürger zu berücksichtigen, um möglichst allen Wünschen und Anforderungen gerecht zu werden. In diesem Lichte steht auch der vorliegende Haushaltsplan.

War 2023 für unsere Stadt finanziell noch ein gutes Jahr, lag das >ordentliche Ergebnis 2024 bereits mit rd. 1 Mio. Euro im Minus. 2025 brechen die Einzahlungen bzw. Erträge nochmals ein, bei einem gleichzeitigen Ansteigen der Aufwendungen bzw. Auszahlungen. Hier ist insbesondere das Ansteigen der Kreissumlage um gut 1 Mio. Euro sowie der Personalaufwendungen um TE 668 infolge der Tarifsteigerungen zu nennen. Auf der Einnahmeseite muss mit 1 Mio. Euro weniger Gewerbesteuer und mehr als 2 Mio. Euro weniger Schlüsselzuweisungen gerechnet werden. Damit liegt das ordentliche Planergebnis im Gesamtergebnishaushalt 2025 bei Minus 6,7 Mio. Euro! Ein Haushaltsausgleich wird damit nicht erreicht. Selbst die mittelfristige Finanzplanung für die nächsten 3 Jahre rechnet mit weiter negativen Ergebnissen. Hauptursachen sind einerseits der Zensus, der unsere Steuereinnahmen auf Basis einer geringeren Einwohnerzahl spürbar reduziert und andererseits die allgemeine Wirtschaftslage, deretwegen sich die Gewerbesteuererinnahmen dramatisch reduzieren.

Wir müssen davon ausgehen, dass die Rechtsaufsichtsbehörde den Haushalt nicht auflagenfrei genehmigt. Dies umso mehr, weil auch die Liquidität ab 2026 negativ wird, und zudem bereits 2025 die von der Aufsicht geforderten 2 % der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (2025: 2 % aus 41,23 Mio. Euro = TE 824,6) (Ansatz der Liquidität zum Jahresende 2025: TE 815,5) unterschreitet! Vereinfacht bedeutet dies, dass die Stadt 2025 rechnerisch, um alle Zahlungen pünktlich leisten zu können, spätestens 2026 „ihre Konten überziehen müsste“.

Auf Seite 37 des Haushaltsplans schreibt die Verwaltung selbst: „... betrachtet man den Sanierungsstau des kommunalen Vermögens und betrachtet man zudem die kommenden Aufgaben (Rathaussanierung, Generalentwässerungsplan, Schulentwicklung u.a.) ist ein besseres ordentliches Ergebnis essentiell, um zumindest große Teile der nötigen Finanzierungsmittel aus Eigenmitteln bereitstellen zu können.“

Liebe Kolleginnen und Kollegen: Um das Ruder nicht aus der Hand zu geben, müssen wir die für April angekündigte Klausur nutzen.

Nutzen, um uns intensiv mit den Möglichkeiten zur Einnahmenverbesserung und Einsparungen auf der Ausgabenseite zu befassen. Unsere Fraktion hat hierzu am 20 November 2024 bereits mit der Anpassung des Gewerbesteuerhebesatzes, Einschaltung eines Projektsteuerers zur Kostenkontrolle bei der Rathaussanierung sowie Prüfung der Einführung der Grundsteuer C erste konkrete Vorschläge eingebracht. Diese und weitere Maßnahmen sollen in der Klausurtagung diskutiert und angegangen werden, damit unsere Stadt auch in Zukunft handlungsfähig bleibt.

Weil wir das Jahr 2025 als ein Ausnahmejahr betrachten, stimmen wir dem Haushalt in der vorliegenden Fassung zu. Zur Zukunftssicherung müssen wir aber dringend an den künftigen Haushalten arbeiten.

Gemeinsam haben wir in unserer Stadt schon viel erreicht. Unsere Stadt braucht sich im Vergleich mit anderen Kommunen nicht zu verstecken und kann stolz sein auf das Erreichte. Lasst uns deshalb mutig und zuversichtlich in die Zukunft blicken.

Vielen Dank!“

Für die Fraktion der SPD spricht Fraktionsvorsitzender Freischlader:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, Damen und Herren der Verwaltung, Vertreter-innen der Presse, sehr geehrte Mitbürger-innen, Vertreter-innen des Jugendgemeinderats, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats.

Zunächst möchte ich mich im Namen der SPD-Fraktion bei der Kämmerin, Frau Amann und ihren Mitarbeiter*innen, für die, wie immer sehr gelungene Darstellung unserer finanziellen Situation, bedanken.

Wie Herr Bürgermeister Rieger in seiner Einbringung des Haushalts schon gesagt hat, wird dieser Haushalt erneut in einer Zeit der Krisen erstellt. Das macht die Berechnungen der Finanzen natürlich schwieriger, ist aber schon in meiner Zeit im Stadtrat keine Ausnahme, oder wie unser Bürgermeister sagt „irgendwas ist immer“.

In 2025 treffen hohe Einzahlungen in den Finanzausgleich, wegen guter Einnahmen 2023 und eine höhere Kreisumlage, wegen eines Defizits beim Klinikum, auf voraussichtlich niedrigere Steuereinkommen und Finanzausgleichseinnahmen, durch eine schwächere Wirtschaftsentwicklung und einen angeblichen Bevölkerungsrückgang.

Dieser wurde durch einen neuen Zensus festgestellt, der offensichtlich in der Ausführung erhebliche Mängel hat. Auffallend ist, das es vor allem in

Gemeinden ohne eigenes Zensusamt zu erheblichem Bevölkerungswund gekommen sein soll. Dabei zeigt sich in kleinen Gemeinden, in denen eine Zählung der aktuellen Einwohner gut machbar ist, dass es diesen Schwund nicht gibt. Von Seiten des Landes sollte hier umgehend eine andauernde

Kompensation erfolgen, die nicht nur kurzfristig sondern bis zum nächsten Zensus greift.

Es gibt aber auch Anlass zur Hoffnung. Das jetzt auch im Bundesrat verabschiedete Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz und die Landeshilfen für Kliniken werden schon ab 2025 eine signifikante Reduktion des Klinikdefizits bewirken und damit hoffentlich den Anstieg der Kreisumlage bremsen und es scheint trotz der komplizierten Lage in Berlin eine gemeinsame Anstrengung zur Wirtschaftsförderung zu geben.

Auch vor Ort gibt es gute Nachrichten bei Betrieben, die in Schwierigkeiten waren und es gibt auch einige Betriebe denen es so gut geht, dass sie ihre Produktionsstätten in St.Georgen erweitern wollen. - Sie sehen es ist tatsächlich immer irgendwas.-

Nachdem wir in diesem Jahr die Verschuldung der Stadt auf ein seit 50 Jahren nicht gekanntes Minimum gedrückt haben und in den letzten Jahren die Sanierung des Hallenbads, umfangreiche Renovierungen in der Robert-

Gerwig- und anderen Schulen, die Entschlammung des Klosterweiher und viele weitere Maßnahmen ohne Kreditaufnahme gestemmt haben, wird jetzt die bereits im letzten Jahr erwartete Kreditaufnahme Realität. Natürlich nehmen wir kein Geld für Konsum oder freiwillige Aufgaben auf. Unsere Kredite fließen streng in Investitionen in die Infrastruktur unserer Stadt.

Eine Alternative zur Generalsanierung gibt es leider nicht. Wenn in einem Gebäude mal Regenwasser aus den Steckdosen läuft, ist die Lebenszeit einfach abgelaufen und es muss gehandelt werden.

Unsere Pflicht als Stadträte ist es dann den Weg einer möglichst nachhaltigen und ökologisch vernünftigen Sanierung mit praktischen, optischen und Stadtbild prägenden Gesichtspunkten zu verbinden und dabei die Finanzen nicht aus dem Blick zu verlieren.

Die noch gute Substanz des Rathauskerns und vieler Einzelstücke wie z.B. Türen und Decken werden wir erhalten und dadurch den von der Landesregierung anerkannten Status als erhaltenswürdiges Gebäude mit der notwendigen Ertüchtigung verbinden.

Wir bekommen also ein Gebäude fit für die nächsten 40 Jahre mit einer in die Zukunft gerichteten Ausstattung, Konzeption und Optik und behalten dabei die erhöhte Förderung des Landes, was uns dieses Projekt erheblich erleichtert.

Natürlich braucht ein Gebäude dieser Qualität eine entsprechende Umwelttechnik. Diesem Anspruch werden wir mit einer Klimatechnik auf Geothermiebasis und einer modernen Lüftungstechnik gerecht. Diese kann heizen und kühlen und ist damit auch für die inzwischen leider Realität gewordene Klimaerwärmung gewappnet.

Gleichzeitig müssen und werden wir, analog zur Marktplatzsanierung, den Weg zur Belebung der Innenstadt konsequent weiter gehen.

Dazu werden wir eine sowohl optisch wie in Ihrer Konzeption erneuerte Bibliothek in das Rathaus integrieren und damit das Gebäude und seine

Umgebung, weit über die üblichen Öffnungszeiten eines Rathauses, zum Anziehungs- und Treffpunkt für Jung und Alt zu machen.

Über die neue Gestaltung der Rathaus-umgebung mit Garten und Terrasse um die Bibliothek, Sitzgelegenheiten rund um das Haus und kühlender, Wasser rückhaltender Begrünung erreichen wir auch auf dem Rathausplatz eine völlig neue Aufenthaltsqualität.

Zusätzlich im Untergrund eine sanierte, helle Tiefgarage, die leider auch nicht umsonst zu haben ist und einem völlig neuen Gefühl in unserer Innenstadt steht nichts mehr im Wege.

Endlich haben wir dann wieder ein ansprechendes Gesicht unserer Stadt und das Aussehen einer Stadt ist schließlich auch ein Standortfaktor im Wettbewerb der Kommunen.

Eine Sanierung der Innenstadt allein reicht für das Funktionieren einer Stadt aber bei weitem nicht aus.

Wir müssen zusätzlich unsere Schulen ertüchtigen, Straßen, Kanalnetz und Gebäude erhalten, die Feuerwehr und den Bauhof ausstatten, Winterdienst leisten, ein Hallenbad betreiben, den Klosterweiher sanieren und am teuersten die Kinderbetreuung leisten.

Dazu sind weitere Ausgaben in Millionenhöhe notwendig, insbesondere da wir eine weitere Kita brauchen, um dem erfreulichen Geburten-zuwachs Rechnung zu tragen.

Wir als Stadt investieren in 2025 also etwa 17 Millionen Euro. Um die Dimension mal zu verdeutlichen, unser Landkreis mit einem 10x so großen Haushalt investiert nur wenig mehr als wir in St. Georgen.

Gleichzeitig ist diese Investition in Zeiten der Krise ein kleines Wirtschaftsförderungs-programm, denn Sparen gegen die Krise ist auch kein gutes Rezept.

Zentral bei der Kreditaufnahme ist natürlich, dass wir die Zins- und Tilgungszahlungen aus den zukünftigen Haushalten leisten können. Daran habe ich keinen Zweifel, aber es erfordert natürlich schon andauernde Haushaltsdisziplin in den nächsten Jahren.

Wie bereits im letzten Jahr angekündigt haben wir uns von einer Beteiligung an einem Unternehmen getrennt. Im Zuge eines nachhaltigen Reinvestments befürwortet unsere Fraktion den Ausbau der Solarenergie, um durch die Stromersparnis ähnliche Erträge wie bisher zu generieren und das auf ökologische Weise.

Wir als SPD Fraktion sehen im vorliegenden Haushalt eine konsequente Fortsetzung der für unsere Stadt notwendigen Maßnahmen und werden deshalb natürlich zustimmen.

Wesentliche zusätzliche Anträge möchten wir mit Blick auf die Haushaltslage nicht stellen.

Möchten aber daran erinnern, dass in 2025 der 50. Weihnachtsmarkt ansteht. Hier sollten wir die ausrichtenden Vereine vielleicht zusätzlich durch einen Zuschauermagnet oder ähnliches unterstützen.

Der Beantragten Förderung für das Kinder-programm des Vereins Global Forrest können wir uns anschließen

Zum Schluss möchten wir uns bei allen Mitarbeitern der Stadt für Ihren Einsatz im ganzen vergangenen Jahr bedanken. Ein besonderer Dank an den Bauhof für die wieder sehr gelungene Weihnachtsdekoration unserer Stadt. Wobei mein Herz immer noch an einer Dekoration der Bäume entlang der Bahnhofstraße hängen würde.

Euch im Rat ein Dankeschön für die vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit. Ihnen Herr Bürgermeister und Ihnen liebe Amtsleiter ein Dankeschön für den offenen und vertrauensvollen Umgang miteinander, die gute Zusammenarbeit und Ihre Arbeit in einem erneut sehr schwierigen Jahr.

In unseren Dank möchte ich in diesem Jahr ausdrücklich unsere Berater beim Rathausumbau Frau Wuerts, Herrn Pfaff und Herrn Sutter einschließen. Eine so engagierte Begleitung von den Grundfragen Sanierung oder Neubau über die Projektentwicklung bis zu Detailfragen der Ausstattung mit durchdachten Alternativen zu herkömmlichen Bauen durften wir in meiner Amtszeit noch nie erfahren und im Namen der SPD-Fraktion möchte ich den Beteiligten unsere Hochachtung aussprechen.

Bleiben wir also alle zusammen stark und ich wünsche allen gute Gesundheit, ein schönes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch in das Jahr 2025.

Vielen Dank.“

Für die Fraktion der FDP spricht Fraktionsvorsitzender Bäsch:

„Sehr geehrter Herr Rieger, sehr geehrte Kollegen des Gemeinderats und des Jugendgemeinderats, sehr geehrte Zuhörer und Mitarbeiter der Verwaltung,

als ich den Haushaltplan für das kommende Jahr zum ersten Mal angeschaut habe, war mein erster Gedanke, jetzt geht es ans Eingemachte. Obwohl es keineswegs unvermittelt kommt und es absehbar war, muss man die Zahl von -6,7 Millionen Euro für das veranschlagte Gesamtergebnis erst einmal verdauen. Der nächste Gedanke ist dann, kann ich dieser Vorlage guten Gewissens zustimmen? Oder sind wir gerade dabei, die Stadt an den Rand des finanziellen Kollapses zu manövrieren?

Man würde am liebsten den Haushaltsentwurf gleich wieder zur Seite legen und sich mit angenehmeren Dingen beschäftigen. Also heißt es erst einmal innezuhalten, um sich dann mit den vorgelegten Zahlen nüchtern zu befassen.

Im Stadtentwicklungskonzept, dass bereits seit ca. 10 Jahren unser Handeln bestimmt, wurde seitens der Bürgerschaft die Sanierung der Innenstadt als herausragendes Projekt gewünscht. Und dies natürlich auch vollkommen zu Recht.

Die Stadt St. Georgen hat sich in den 60er und 70er Jahren des letzten Jahrhunderts quasi noch einmal neu erfunden. Die rasante Stadtentwicklung in Folge wirtschaftlichen Aufschwungs und einhergehendem Bevölkerungszuwachs hat sich in zahlreichen Bauprojekten niedergeschlagen, wie dem Neubau des Rathauses, des Bildungszentrums und der Stadthalle und nicht zuletzt der Innenstadtsanierung, die in ihrer Ausgestaltung ja bis heute nicht unumstritten ist.

Kurz gesagt, es wurden die Voraussetzungen für einen modernen Wirtschaftsstandort geschaffen, von denen wir auch heute noch profitieren.

Wir haben nun die Aufgabe, die damals geschaffene Infrastruktur wieder auf einen zeitgemäßen und zukunftsfähigen Stand zu bringen, ohne die weiteren städtischen Aufgaben wie Kinderbetreuung, Straßenunterhaltung, Schulträgeraufgaben und vieles mehr zu vernachlässigen. Dies stellt den

Gemeinderat und die Verwaltung vor große, insbesondere finanzielle Herausforderungen und wir werden nicht umhin kommen, hierfür Kredite aufzunehmen.

Man kann es andererseits aber auch als großes Privileg ansehen, welcher Gemeinderat hat schon die Möglichkeiten, solch ein stadtpprägendes Projekt anzugehen.

Es war somit schon längere Zeit absehbar, dass wir diese Maßnahmen nicht gänzlich aus den laufenden Einnahmen realisieren können. Dennoch haben wir es die letzten Jahre geschafft, auch große Infrastrukturmaßnahmen aus den laufenden Einnahmen zu finanzieren und den Schuldenstand der Stadt kontinuierlich abzubauen. Als Beispiele seien hier die Sanierung der Bahnhofstrasse, des Hallenbades und der Umbau des Roten Löwen in ein modernes Bürgerzentrum genannt. Auch steht die Sanierung der Tiefgarage und des Marktplatzes kurz vor dem Abschluss. Diese Projekte konnten ebenfalls ohne eine Schuldenaufnahme durchgeführt werden und bewegen sich erfreulicherweise auch im vorgegebenen Kostenrahmen.

Als Abschluss der Innenstadtsanierung steht nun noch die Sanierung des Rathauses und der darunter liegenden Tiefgarage an. Mit einem durchdachten und nachhaltigen Konzept werden wir das Gebäude auf ein Level bringen, von dem auch die nachfolgende Generation profitieren wird. Somit ist auch eine Umlage der Kosten auf die nachfolgende Generation durchaus berechtigt. Dies sind neben der Tilgung der Kredite auch die erhöhten Abschreibungen, die den Ergebnishaushalt in den kommenden Jahren ebenfalls belasten werden.

Erfreulich ist, dass die Stadt neben der Sanierung der Innenstadt auch die weiteren Aufgaben nicht aus den Augen verliert und auch in die restliche Infrastruktur investiert. So werden im nächsten Jahr wieder einige Straßen ertüchtigt, allen voran ein großer Teil der Sommerauer Straße. Die Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED wird weiter fortgesetzt und im Gewerbegebiet Hagenmoos werden mit der Erweiterung den Expansionsplänen eines wichtigen örtlichen Unternehmens Rechnung getragen.

Weitere Aufgabenfelder, die zunehmend in den Fokus geraten sind die Kinderbetreuung, die Sanierung der Schulen und die Abwasserbeseitigung. Auch hier werden in der Stadt die Hausaufgaben gemacht.

In der Kinderbetreuung wurden seit 2019 94 Betreuungsplätze geschaffen. Dennoch ist hiermit der Bedarf noch keineswegs gedeckt. Es fehlen aktuell noch ca. 52 Betreuungsplätze. Hier sind wir mit einem Bedarfsplan auf einem guten Weg und werden möglichst die räumlichen Voraussetzungen schaffen, um den zusätzlichen Bedarf zu decken. Ob dieser Bedarf auch personell abgedeckt werden kann, steht allerdings auf einem anderen Blatt Papier.

Die anstehenden Schulsanierungen werden mit einer millionenschweren Sanierung der Robert-Gerwig-Schule begonnen. Die Abwasserbeseitigung nimmt einen großen Platz ein, sei es für die Sanierung und Instandhaltung der Kanalisation als auch für die Bewältigung von Starkregenereignissen. Auch in diesem Bereich sprechen wir immer gleich von Millionensummen. Was alle Baumaßnahmen gemeinsam haben, ist der immer aufwändigere bürokratische Aufwand, der hinter diesen Maßnahmen steht. Zum Teil jahrelange kostenintensive Planungen gehen den Umsetzungen der Maßnahmen voraus. Für jedes noch so kleine Projekt wird ein Fachplaner benötigt. Man denke nur an die Sanierung verschiedener Brücken. Hier wer-

den so hohe Anforderungen gestellt, dass diese ohne Fachplaner nicht mehr zu bewerkstelligen sind. Und ich rede hier nicht von vielgenutzten Straßenbrücken, sondern von Brücken für Hofzufahrten oder einer kleinen Brücke über das Weidenbächle, die fast ausschließlich von Fußgängern genutzt wird.

Ein weiterer Kostentreiber sind die Ausschreibungsmodalitäten. Wie unser Stadtbaumeister Tröndle richtig angemerkt hat, muss man die Sinnhaftigkeit von europaweiten Ausschreibungen hinterfragen, die man rechtssicher nicht mehr ohne Fachbüros und Fachanwälte bewerkstelligen kann. Ganz zu schweigen von den damit einhergehenden Zeitverlusten.

Die immer umfangreicheren Abgaben wie z. B. die Kreisumlage entwickeln sich zunehmend ebenfalls zu immer größeren Herausforderungen. Die Erträge der Stadt bestehen einerseits zu einem großen Teil aus Zuweisungen und Ausgleichszahlungen, andererseits sind 33 % unserer Aufwendungen ebenfalls Umlagen, die aus dem städtischen Haushalt wieder abfließen. Da in den nächsten Jahren nicht mit einer signifikanten Einnahmeerhöhung der öffentlichen Kassen zu rechnen ist, werden diese Aufwendungen immer existentieller für uns. Ein großes Problem in diesem Zusammenhang ist die Verteilung der Steuergelder. Laut dem deutschen Landkreistag erhalten die Landkreise und Kommunen ca. 14% der Steuereinnahmen, sind aber zwischenzeitlich für ca. 25% der staatlichen Ausgaben zuständig. Das Prinzip „wer bestellt, bezahlt“ wird hier nach und nach ausgehebelt.

Wir als Stadt profitieren natürlich auch von den Dienstleistung, die über den Landkreis finanziert werden. Aber allein die Entwicklung der finanziellen Probleme des Schwarzwald-Baar-Klinikums macht einen nachdenklich. Auch hat der Kreis seine Angebote immer weiter ausgedehnt, wie z. B. der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, der erfreulicherweise eine deutliche Verbesserung hervorgebracht hat. Allerdings muss man sich auch fragen, ob die hier vorhandenen Ressourcen zielgerichtet eingesetzt werden, wenn einem am Sonntag gegen 23 Uhr auf der Seebauernhöhe ein Linienebus mit über 50 Sitzplätzen begegnet.

Neben den finanziellen Herausforderungen wird uns im nächsten Jahr auch ein Thema beschäftigen, das hohes Konfliktpotential in sich trägt. Ich spreche hier vom Ausbau der Windkraft und den geplanten Freiflächenphotovoltaikanlagen. Bei der Windkraft haben wir mit der Entwicklung des Flächennutzungsplans unsere Hausaufgaben gemacht. Die Vorstellung des Projekts in Oberkirnach hat allerdings mehr Fragen als Antworten geliefert. Es wäre wünschenswert, wenn die geplanten Anlagen auch Ihren Beitrag zur Energiewende leisten und nicht nur als Abschreibungsobjekte vorgesehen sind. Leider konnte dieser Eindruck bisher nicht widerlegt werden.

Bei den Freiflächenphotovoltaikanlagen gilt es, einen guten Kompromiss zwischen dem Beitrag zur Energiewende und dem Flächenverbrauch bzw. Landschaftsbild zu finden. Es ist bereits absehbar, dass hier in der Bevölkerung die Meinungen weit auseinandergehen und wir als Gemeinderat wohlüberlegt vorgehen sollten.

Wie immer an dieser Stelle, möchte ich allen Mitarbeitern der Stadt und den Kollegen aus dem Gremium für die gute und respektvolle Zusammenarbeit im vergangenen Jahr danken. Im letzten Jahr habe ich mir ge-

wünscht, dass dieses Miteinander auch nach den Wahlen beibehalten wird, was sich bisher erfreulicherweise bewahrheitet hat. Wir haben von den Bürgern den Auftrag erhalten, uns zum Wohle der Stadt zu engagieren und dies setzen wir am besten um, in dem wir konstruktiv und an der Sache orientiert den eingeschlagenen Weg weiter beschreiten. Ich wünsche allen Bürgern ein schönes Weihnachtsfest und ein gutes Jahr 2025.“

Für die Fraktion der Grünen Liste spricht Fraktionsvorsitzender Schmid:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister Rieger, sehr geehrte Damen und Herren,

unsere letztjährige Haushaltsrede endete mit der Feststellung:

Investitionen von heute sind die Einsparungen von morgen.

Dieser Satz gilt für das kommende Haushaltsjahr wie auch für die darauffolgenden.

Was mit dem Roten Löwen begann, wird über die Rathaussanierung zu unseren Schulen führen. Nicht nur, dass diese Gebäude in die Jahre gekommen sind, sie sind auch nicht mehr funktionstüchtig. Insbesondere der Energieverbrauch ist nicht mehr akzeptabel und belastet neben dem Haushalt der Stadt vor allem auch das Klima. Jeder heute nicht investierte Euro wird in der Zukunft das mehrfache an Kosten verursachen. Die Schäden aufgrund von Wetterextremen, die wiederum auf die immer deutlicher werdende Klimakrise zurück zu führen sind, lassen sich noch gar nicht beziffern.

Unter diesem Aspekt ist es richtig und wichtig bei der Wärmeversorgung auf nachhaltige Quellen zu setzen, wie z. B. auf die Geothermie beim Rathaus oder auf künftige Wärmenetze mit Wärmequellen, die keine Belastung für die Umwelt darstellen. Ebenso verhält es sich mit Strom aus erneuerbaren Energien, wie Wind und Sonne. Beim Rathaus, wie auch bereits beim Roten Löwen, setzen wir auf die Eigenstromerzeugung über unsere eigenen PV-Anlagen. Ein weiterer Schritt ist die vollständige Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED. Die eingesetzte Summe amortisiert sich schnell über die eingesparten Stromkosten.

Herr Rieger sprach in seiner Einbringung des Haushalts von St. Georgen als Wirtschaftsstandort und wie wichtig eine florierende Wirtschaft für die öffentlichen Haushalte ist. Die Gewerbesteuer ist ein wichtiger Posten in jedem Haushaltsplan. Auch die Anteile an der Einkommenssteuer und der Umsatzsteuer liegen höher, wenn die Einkommensstruktur und die gesamtwirtschaftliche Situation einer Gemeinde insgesamt gut sind.

Der Schuld an einer Wirtschaftsflaute nur auf die politischen Rahmenbedingungen zu schieben, ist aber zu einfach. Auch die Unternehmen und hier insbesondere die großen Konzerne und börsennotierte Aktiengesellschaften tragen ihren Teil zur jetzigen Situation bei. Die überwiegend kleinen und mittelständischen Firmen im ländlichen Raum wie bei uns sind dann dem Druck dieser großen Player ausgesetzt.

Falsche Modellpolitik oder verpasste Entwicklungen auf den Weltmärkten sind von den Entscheidern in Vorständen und Aufsichtsräten zu verantworten. Dort waren in der Vergangenheit Aktiendividenden wichtiger als die Arbeitnehmer*innen.

Hinzu kommen andauernde Krisen in der Welt und Kriege vor unserer

Haustür. Die hohen Energiekosten sind darauf zurückzuführen, dass ehemals billige Rohstoffe aus Russland wie Gas und Öl wegbrechen. Damit zeigt sich aber auch, auf was sich die ehemals florierende Wirtschaft gestützt hat und das dies zu einer Abhängigkeit von billigem Gas und preiswertem Öl führte. Die wirklichen Kosten waren in den Preisen nie korrekt abgebildet. Aber es war ja schön und bequem davon zu profitieren. Man musste sich über Jahre keine Gedanken machen, es gab ja Rohstoffe und somit billige Energie im Überfluss.

Allerdings hat sich in dieser Zeit auch niemand um Alternativen gekümmert und diese vorangetrieben. Im Gegenteil, neue innovative Konzepte wurden abgewürgt und entstehende Industriezweige zerstört bevor sie überhaupt wachsen konnten. Jetzt versucht man verzweifelt auf den Transformationspfad zu gelangen und den Rückstand aufzuholen.

In vielen Industrieländern sieht man, dass eine auf Klimaneutralität ausgerichtete Wirtschaft durchaus funktionieren kann. In anderen Ländern, insbesondere den skandinavischen, laufen Wärmepumpen schon seit Jahren und sind ein boomender Wirtschaftszweig. Bei uns reift die Erkenntnis erst heran. Aber auch jetzt haben es noch nicht alle in der Politik verinnerlicht. Eine weitere wichtige Einnahmequelle neben der Gewerbesteuer sind die Einnahmen aus unserem Forstbetrieb. Hier haben wir im Jahr 2024 eine Erholung unseres Waldes gesehen, was wiederum zu einer Verbesserung auf der Einnahmeseite im Haushalt führte. Wir sollten dabei aber nicht vergessen, dass die Dürrejahre davor einen erheblichen Schaden angerichtet haben und diese Situation jederzeit wieder eintreten kann. Aktiver Klimaschutz bedeutet somit Wald- und Umweltschutz.

Dennoch sollte uns mit Blick auf die Herausforderungen und den Haushalt nicht Bange werden. Wenn wir einen Blick zurückwerfen, sieht man, dass in den vergangenen Jahren sowohl der Ergebnishaushalt wie auch der Finanzhaushalt stetig gewachsen sind. Dabei haben sich nicht nur die Aufwendungen und Auszahlungen erhöht, sondern auch die Erträge und Einzahlungen. Lagen wir 2020 in beiden Haushalten bei um die 30 Millionen Euro, sind es für nächstes Jahr schon über 40 Millionen auf der Ausgabenseite und etwas weniger auf der Einnahmenseite, was zum bekannten negativen Ergebnis führt. Wichtig ist aber zu erkennen, dass eine Kommune nicht gänzlich alleine gelassen wird. Das Wachstum auf der Einnahmenseite entsteht u.a. auch aufgrund von Förderungen und Zuschüssen durch Land und Bund. Wir haben in der Vergangenheit Gelder für die Sanierung des Roten Löwen erhalten und haben dies auch für unser Rathaus in Aussicht gestellt bekommen. Das wird bei den Schulen nicht anders sein.

Vergessen darf man in diesem Zusammenhang ebenfalls nicht, dass der Breitbandausbau bei uns ohne die entsprechenden Fördermittel nahezu undenkbar wäre bzw. die Kosten dann bei den Bürgerinnen und Bürgern landen würden.

Wir wollen nun noch einmal auf die Einleitung dieser Haushaltsrede zurückkommen und die Investitionen in unserer Stadt weniger technisch und nicht nur monetär betrachten. Die abgeschlossenen und anstehenden Maßnahmen in unserer Innenstadt schaffen Orte der Begegnung und der sozialen Teilhabe. Das gilt für unser Bürgerzentrum Roter Löwen und auch für den offenen Marktplatz sowie dem Rathaus als kommunikativer Treffpunkt mit Bibliothek und viel Aufenthaltsqualität im Freien. Da sind wir

durchaus vorbildlich und zukunftsorientiert aufgestellt.

Zum Schluss wollen wir uns dem bereits ausgesprochenen Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung sehr gerne anschließen und freuen uns auf die Zusammenarbeit im nächsten Jahr.

Wir wünschen allen Anwesenden eine besinnliche Adventszeit, schöne Weihnachten und einen guten Start ins neue Jahr! Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.“

Bürgermeister Rieger führt aus, es stehe der Antrag von Global Forest noch aus. Es gehe um Unterstützung für das Kinderferienprogramm. Es seien 2.000 Euro beantragt. Seitens der Grünen Liste bestehe der Antrag, den Betrag auf 3.000 Euro aufzustocken.

Bürgermeister Rieger lässt über den Antrag der Grünen Liste abstimmen:

11 Stadträte stimmen dem Antrag zu
11 Stadträte lehnen den Antrag ab
1 Stadtrat enthält sich der Stimme

Somit ist der Antrag der Grünen Liste abgelehnt.

Bürgermeister Rieger lässt über den Antrag von Global Forest auf Zuschuss in Höhe von 2.000 Euro für die Kinderferienbetreuung abstimmen:

19 Stadträte stimmen dem Antrag zu
1 Stadtrat stimmt gegen den Antrag
3 Stadträte enthalten sich der Stimme

Stadträtin Amann zeigt die eingearbeiteten Änderungen auf.

Beschluss:

HAUSHALTSSATZUNG der Stadt St. Georgen im Schwarzwald für das Haushaltsjahr 2025

Auf Grund von § 79 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg hat der Gemeinderat am 11.12.2024 die folgende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2025 beschlossen:

§ 1 Ergebnishaushalt und Finanzhaushalt

Der Haushaltsplan wird festgesetzt

1. im **Ergebnishaushalt** mit den folgenden Beträgen

	EUR
1.1 Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge von	37.497.500
1.2 Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen von	43.684.475
1.3 Veranschlagtes ordentliches Ergebnis (Saldo aus 1.1 und 1.2) von	-6.186.975

1.4 Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge von	127.900
1.5 Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen von	183.500
1.6 Veranschlagtes Sonderergebnis (Saldo aus 1.4 und 1.5) von	-55.600

1.7 Veranschlagtes Gesamtergebnis (Summe aus 1.3 und 1.6) von	-6.242.575
----------------------------------------------------------------------	-------------------

2. im **Finanzhaushalt** mit den folgenden Beträgen

2.1 Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von	36.472.800
2.2 Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von	40.242.075
2.3 Zahlungsmittelüberschuss / -bedarf des Ergebnishaushalts (Saldo aus 2.1 und 2.2) von	-3.769.275
2.4 Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit von	6.043.920
2.5 Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit von	20.179.800
2.6 Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss / -bedarf aus Investitionstätigkeit (Saldo aus 2.4 und 2.5) von	-14.135.880

2.7 Veranschlagter Finanzierungsüberschuss / -bedarf (Saldo aus 2.3 und 2.6) von	-17.905.155
--------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------

2.8 Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit von	7.000.000
2.9 Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit von	178.200
2.10 Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss / -bedarf aus Finanzierungstätigkeit (Saldo aus 2.8 und 2.9) von	6.821.800

2.11 Veranschlagte Änderung des Finanzierungsmittelbestands, Saldo des Finanzhaushalts (Saldo aus 2.7 und 2.10) von	-11.083.355
----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------

§ 2 Kreditermächtigung

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung)

wird festgesetzt auf

7.000.000 EUR,

davon für die Ablösung von inneren Darlehen

0 EUR,

§ 3 Verpflichtungsermächtigungen

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen, die künftige Haushaltsjahre mit Auszahlungen für Investitionen

und Investitionsförderungsmaßnahmen belasten (Verpflichtungsermächtigungen),

wird festgesetzt auf

19.983.178 EUR,

§ 4 Kassenkredite

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt auf EUR.

4.000.000 EUR

§ 5 Steuersätze

Die Steuersätze (Hebesätze) werden festgesetzt

- | | | |
|-------------------------------------------------------------------------|-----|------|
| 1. für die Grundsteuer | | |
| a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf | 500 | v.H. |
| b) für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf | 510 | v.H. |
| der Steuermessbeträge; | | |
| 2. für die Gewerbesteuer auf | 340 | v.H. |
| der Steuermessbeträge. | | |

§ 6 Stellenplan

Der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2025 ist Bestandteil der Haushaltssatzung.

§ 7 Finanzplanung

Die mittelfristige Finanzplanung für die Jahre 2026 – 2028 einschl. Investitionsprogramm ist Bestandteil dieser Haushaltssatzung.

§ 8 Bürgergenussauflage

Die Bürgergenussauflage für jedes Genusslos wird festgesetzt auf

12,05 EUR

Feststellung des Wirtschaftsplans des Eigenbetrieb Stadtwerke St. Georgen für das Wirtschaftsjahr 2025

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung vom 11.12.2024 aufgrund der §§ 12 ff. des EigBG sowie der §§ 1 ff. der EigBVO-HGB in Verbindung mit den §§ 86, 87, 88 und 96 der Gemeindeordnung den Wirtschaftsplang für das Wirtschaftsjahr 2025 wie folgt festgestellt.

Festgesetzt wurden:

1.	Im Erfolgsplan	
	die Erträge mit	2.676.000 €
	die Aufwendungen mit	3.100.000 €
	das Jahresergebnis (Verlust) mit	-424.000 €
2.	Im Liquiditätsplan	
	a) die Einzahlungen aus lfd. Geschäftstätigkeit mit	2.676.000 €
	die Auszahlungen aus lfd. Geschäftstätigkeit mit	1.970.000 €
	der Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus laufender Geschäftstätigkeit mit	706.000 €
	b) die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit mit	0 €
	die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit mit	8.140.000 €
	der Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit mit	-8.140.000 €
	c) der Saldo aus a) und b) als Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf mit	-7.434.000 €
	d) die Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit mit	8.533.000 €
	die Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit mit	1.099.000 €
	der Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus Finanzierungstätigkeit mit	7.434.000 €
	e) der Saldo aus c) und d) als Saldo des Liquiditätsplans mit	0 €
3.	Der Gesamtbetrag	
	a) der vorgesehenen Kreditaufnahmen (Kreditermächtigung)	4.800.000 €
	b) der vorgesehenen Verpflichtungsermächtigungen mit	7.500.000 €
4.	Der Höchstbetrag der Kassenkredite mit	600.000 €

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 23

Ablehnung: ./.

Enthaltung: ./.

11 Anfragen aus dem Gremium

Protokoll:

Es gibt keine Anfragen aus dem Gremium.

Für die Richtigkeit:

Der Vorsitzende:

Die Mitglieder:

Der Schriftführer:

St. Georgen, 17. Dezember 2024